

**Rede von Bürgermeister Thomas Kerkhoff  
anlässlich der Einbringung des Haushaltes der Stadt Bocholt  
für das Jahr 2024 am 25.10.2023**

SPERRFRIST 25.10.2023– 17.30 Uhr  
– es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Damen und Herren Stadtverordneten der Stadt Bocholt,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung,  
sehr geehrte Vertreter der Presse,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,  
liebe Mitbürger,

<b>Einleitung</b>
-------------------

viele Reden in Tagebüchern oder Briefen beginnen mit dem Datum. Ein Datum macht für uns Menschen Zeitpunkte fest, die uns helfen, die komplexe Wirklichkeit, in der wir leben, überhaupt beschreibbar zu machen. Anders gesagt: Hätten wir nicht ein Gefühl für Zeit und die Möglichkeit für uns monumentale Zeitpunkte zu beschreiben und festzuhalten und mehr oder weniger universell gültig zu machen, so wäre ein geschichtliches Lernen für uns Menschen nicht wirklich möglich.

**„Wer in der Zukunft lesen will,  
muss in der Vergangenheit blättern.“**

hat **André Malraux**, ein französischer Schriftsteller und Regisseur des 20. Jahrhunderts, einmal gesagt. Und dafür braucht es eben Daten. Daher ist es von Bedeutung, in einer Rede das Datum und damit den zeitlichen Kontext zur erwähnen.

Wir schreiben heute den 25.10.2023 und an diesem Datum bringen Frau Stadtkämmerin Schlaghecken und ich den Haushalt 2024 der Stadt Bocholt ein.

Es ist genau 364 Tage her, dass wir den letzten Haushalt in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht haben.

Seinerzeit hatten wir beide Sie durch unsere Reden abstrakt auf drei Dinge hingewiesen:

1. die finanzielle Lage der Stadt Bocholt wird durch eine Neuausrichtung der Stadtkämmerin neu beschrieben und einer realistischeren Darstellung zugeführt
2. unsere Warnung, den Blick auf die sich stetig verschlechternde Finanzsituation insbesondere im Bereich der sachlichen Aufwendungen und der konsumtiven Ausgaben zu richten
3. sie aufgefordert daran mitzuwirken, diese Situation gestalterisch anzugehen und die Weichen neu zu stellen, damit auf der Grundlage von Punkt 1 die Auswirkungen von Punkt 2 gar nicht erst eintreten oder zumindest abgemildert werden

Ich kann die wesentliche ratio beider Rede schon vorab feststellen:

**Alle drei Forderungen haben weiterhin Gültigkeit!**

Daher wiederhole ich diese hier mantra-artig oder, wie es der römische Dichter Horaz benannt hat, um einen steten Lernerfolg zu erreichen:

**„Repetitio es mater studiorum“**

*[Wiederholung ist die Mutter des Studierens]*

Der Volksmund sagt bisweilen auch **„steter Tropfen höhlt den Stein.“**

Daher beginne ich mit der dargelegten Aufforderung, mit der wiederum die Kollegin Schlaghecken dann enden wird.

Wie ich zu Beginn festgestellt hatte, wollten wir eigentlich aus der Geschichte lernen. Zwar ist ein Zeitraum von einem Jahr zu kurz um geschichtlich zurück zu blicken, doch gleichwohl sollte dies nicht auch kurzfristige Lernerfolg verhindern und darüber hinaus sind die oben genannten Forderungen insgesamt auch schon längere Jahre erhoben worden.

Wenn wir zurückschauen, hatte ich seinerzeit insbesondere an den Beginn des Ukraine Krieges und damit des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands gegen die Ukrainer begonnen.

Dieser Krieg ist nun 608 Tage alt und dauert unvermindert an. Unsere Solidarität sollte hier weiterhin dem tapferen ukrainischen Volk gelten, dass auch unsere Werte gegen imperialistische Pläne Russlands verteidigt. Hierzu kommen wir unter einem späteren Tagesordnungspunkt in der heutigen Sitzung auch noch.

#### **Fortdauernde Poly-Krise**

Neben dieser neuen Krise hatte ich auch die vorherrschende Polykrise - also das Zusammenfallen von Klimawandel, Flüchtlingskrise und Energiekrise unter Nachwehen der Coronakrise - intensiv in meiner letzten Haushaltsrede bearbeitet.

Hier kann man zusammenfassend sagen, dass zwar die Coronakrise durchaus als überwunden gilt und auch die Energiekrise aktuell wenig zu spüren ist *[auch wenn sie damit dauerhaft noch nicht verschwunden, sondern nur aus unserem Bewusstsein gerückt ist]*.

Aber mindestens die Flüchtlingskrise und der Klimawandel bestehen in unveränderter Härte fort bzw. sind aus Sicht der Kommunen noch wesentlich dringendere Probleme als sie es vor einem Jahr waren.

Gerade das Thema der ungesteuerten Migration nach Deutschland und der daraus resultierenden Überforderung der Kommunen haben wir in den letzten Wochen in Bocholt intensiv zu spüren bekommen.

#### **Bürgerentscheid**

Ich bin sehr stolz auf die Stadt Bocholt, dass sie diese Diskussion geführt, ausgehalten und letztlich nach einer fairen und sachlichen Diskussion zu einem klaren Ergebnis gebracht hat. Ich glaube, unser Beispiel hat weithin im Land Beachtung gefunden.

Dabei beziehe ich in meinem Dank alle Bürgerinnen und Bürger ein, die an dieser direkt demokratischen Entscheidung mitgewirkt haben. Darüber hinaus bedanke ich mich bei denjenigen, die unserer Argumentation gefolgt sind und mit Nein gestimmt haben und so ein klares Zeichen für unseren Weg der Integration in Bocholt gesetzt haben. Ich bedanke mich auch bei allen politischen Parteien dieses Gremiums, die in mühevoller Arbeit und unzähligen Stunden Menschen überzeugt haben.

Die Fraktionen des Rates und die Parteien haben aber aber vor allen Dingen eines gezeigt: dass wir als politischer Raum in entscheidenden Fragen einheitlich zusammenstehen und diese auch zu einem guten Ende führen können!

Auch wenn es in einer Demokratie nicht der Regelfall sein darf, dass fast alle Mitglieder eines pluralen Gremiums der gleichen Meinung sind, so ist es in einem Ausnahmefall wie hier jedoch ein starkes Zeichen, welches wir uns als politisch Verantwortliche des Öfteren bei unseren Entscheidungen vor Augen führen sollten.

### Lehre Bürgerentscheid

Ich danke aber auch den Initiatoren des Bürgerbegehrens bzw. des Bürgerentscheides für das Stehen zu einer Meinung und den demokratischen Meinungsstreit hierzu. Ebenso danke ich auch den Bürgerinnen und Bürgern, die mit Ja, also gegen die Unterkunft gestimmt haben und damit auch ihrer Meinung Ausdruck verliehen haben. Das mag Sie verwundern, war ich doch inhaltlich klar anderer Meinung und habe ich auch nach außen hin so positioniert.

Aber für das ,was wir Kommunalpraktiker seit nunmehr drei Jahren den übergeordneten politischen Verantwortlichen in Bund und Land sagen, nämlich, dass die Grenzen der Aufnahmekapazität und der Aufnahmebereitschaft erreicht, vielleicht sogar schon überschritten sind, ist durch diesen hier durchgeführten Bürgerentscheid in einem guten Beispiel deutlich geworden.

Denn wenn nicht nur in einer vermeintlich ärmeren oder abgehängten Region die Menschen Zukunftsangst haben, sondern dies auch in einer gut situierten und bürgerlichen Stadt wie Bocholt mittlerweile ein Gefühl ist, dann kann man das nicht mehr als Einzelphänomen o. ä. abtun. Dann ist dies der Beweis, dass die Integrationsfähigkeit in den Kommunen auf Seite am Limit ist. Dies ist eben auch ein Zeichen.

Denn wenn wir nicht weite Teile der Gesellschaft verlieren wollen und damit aus meiner Sicht rechtsnationalen oder rechtsextremen und damit gefährlichen Kräften größere Bedeutung verleihen wollen, dann müssen wir auch diese Sorgen ernst nehmen und daraus Lehren ziehen!

Alt-Bundespräsident Joachim Gauck - *eine der intellektuellsten Personen, die ich einmal persönlich treffen oder auch schon mehrfach reden hören durfte* - hat hierzu schon im September 2015 [!] In seiner Rede zur Eröffnung der interkulturellen Woche in Mainz wegweisend festgestellt:

**„Unser Herz ist weit, doch unsere Möglichkeiten sind endlich!“**

Dieser Satz ist schlicht, menschlich, realistisch und vor allen Dingen wahr. Und er gilt bis heute fort, bzw. hat nun eine neue Dimension erreicht.

Bemerkenswert ist, dass er schon 2951 Tage alt ist und damit aus der ersten Flüchtlingskrise dieses Jahrtausends stammt.

[Stichwort: Lernen aus der Geschichte.]

### Unsichere Weltlage

Und dies gilt besonders, weil wir geopolitisch auf der Welt erkennen müssen, dass die Krisenherde nicht geringer werden, sondern mehr, dass die westliche Demokratie für die meisten Menschen auf der Welt nicht nur keine absehbar erreichbare Staatsform ist - sondern viele Machthaber, Despoten oder Terroristen sie auch unverhohlen für das schwächere System halten.

Zuletzt haben wir dies durch die unsäglichen Taten palästinensischer Terroristen der Hamas auf den Staat Israel und die jüdische Glaubensgemeinschaft erlebt. Neben aller Tötung, Entführung, oder Misshandlung von erwachsenen Frauen und Männern haben mich vor allen Dingen das Einsperren, Misshandeln und Filmen kleiner Kinder oder gar deren Köpfung sehr nachdenklich gemacht.

Bei allem Verfolgen einer möglichen Zweistaatenlösung im Nahen Osten sind diese Taten aus meiner Sicht durch nichts zu rechtfertigen. Unsere Solidarität muss dabei ohne jede Einschränkung dem Staat Israel und seinem Selbstverteidigungsrecht gelten.

Gerade deshalb ist es auch nicht tragbar, dass trotz aller humanitärer Hilfe und Gewährung von Asyl nochmals nach den schrecklichen Verbrechen an der jüdischen Glaubensgemeinschaft Juden und Israelis auf deutschem Boden um ihr Leben oder ihre Sicherheit fürchten müssen!

Diese Themen sehen wir jeden Tag in den „Tagesthemen“ oder im „Heute Journal“ und sie sind eigentlich für uns in Bocholt weit weg. Mich erreichen beinahe wöchentliche Mails, in denen ich als „Drecksjude Kerkhoff“ bezeichnet werde. Auch Kolleginnen und Kollegen oder einige von Ihnen in der Stadtverordnetenversammlung sind hier betroffen. Das Problem ist also nicht weit weg.

Zusätzlich haben all diese Krisen und weltpolitischen Gegebenheiten mit einem gewissen zeitlichen Nachlauf Auswirkungen auf jede Kommune in Deutschland. Und damit eben auch auf die Stadt Bocholt. Und so wird sie kommen, die Forderung, dass wir nun auch insbesondere palästinensische Flüchtlinge bevorzugt in Deutschland aufnehmen müssen.

Neben meiner gerade schon geteilten Skepsis, dass wir dies in der Kapazität schaffen, ist mir an dieser Stelle besonders wichtig, dass dieser Forderung nur unter einer uneingeschränkten und unabdingbaren Bedingung Folge geleistet werden kann: Nämlich der Anerkennung des Existenzrechtes des Staates Israel und der selbstverständlichen Glaubensausübung des jüdischen Volkes. Wer dies nicht gewährleisten kann, kann keine Solidarität in Deutschland erwarten.

### **Kommunale Probleme**

Neben allen Problemen, für die wir in Deutschland oder in NRW alleine verantwortlich sind und deren Lösung auch daher alleine gehen müssen, kommen hierdurch zahlreiche weitere Herausforderung auf die Kommunen zu und führen mittlerweile dazu, dass eine multiple und langwierige Überlastung der Kommunen vorherrscht.

Und diese schleichende aber mittlerweile mehrjährige andauernde Überlastungssituation haben 355 Kommunen aus Nordrhein-Westfalen, die dem Städte und Gemeindebund angehören und damit Vertreter des kreisangehörigen Raumes sind, zum Anlass genommen, einen Brandbrief an den Ministerpräsidenten des Landes NRW Hendrik Wüst zu schreiben; gleichzeitig unser direkter Vertreter im Landtag von NRW.

Die Stadt Bocholt hat sich diesem Brandbrief - *wie im Übrigen alle anderen Kommunen des Kreises Borken* - auch angeschlossen und auf die Überlastungssituation hingewiesen:

Beispielhaft macht der Städte- und Gemeindebund mit 355 von 396 Kommunen aus NRW auf folgende, gleichzeitige Überbelastungen unserer Städte und Gemeinden aufmerksam.

Im Bereich gesetzgeberischer Tätigkeit ohne ausreichende finanzielle Kompensation und ohne Rücksicht auf die kommunale Praxis:

- Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen jenseits der Grenzen der Leistungsfähigkeit sowohl des hauptamtlichen als auch des ehrenamtlichen Engagements ohne erkennbare Aussicht auf Neuordnung des Zuwanderungsgeschehens;

*[hinzu kommt die unzureichende Finanzierung dieses Themas, die wir gemeinsam mit dem Land NRW gegenüber dem Bund anprangern]*

- stark inflationäre Preisentwicklung;

*[was genau eine Rezflation, also die Verbindung von Rezession und Inflation ist, wird Ihnen die Stadtkämmerin später genauer erläutern]*

- kontinuierlich steigende Umlagebelastung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden infolge der Kostenstrukturen der Landschaftsverbände und der Kreise ohne wirkungsvolle Rechtsschutzmöglichkeit;

*[insbesondere auch ausgelöst durch Qualitätsentscheidungen und gesetzlich steigender Standards in der Eingliederungshilfe der vergangenen Jahre]*

- steigende Zinslasten für sämtliche kommunalen Kredite;

*[ausgelöst durch volkswirtschaftlichen Effekte der Bundesregierungen]*

Im Bereich zusätzlicher Standards:

- gemeinsam mit dem Bund festgelegter und unzureichend finanzierter Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Primarbereich;
- Verpflichtung zur Erstellung kommunaler Wärmeplanungen ohne hierbei den kommunalen Besonderheiten des ländlichen Raumes oder von Regionen mit erhöhter Einfamilienhausbebauung Rechnung zu tragen.
- unüberschaubare Aufwendungen mit Blick auf Planung und Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen;
- unregelmäßige Zukunft der dynamischen Finanzierung des Deutschland-Tickets;

Ohne im Detail auf all diese Krisen einzugehen, lässt sich jedoch eines hierzu feststellen. All diese Themen schlagen voll bis in die kommunale Welt und insbesondere den kommunalen Haushalt durch.

Das besonders Herausfordernde dabei ist zumindest momentan nicht allein die Zurverfügungstellung von Geld, sondern die Situation dieser sogenannten Multi- oder Polykrise als solche sowie die konsequent überfordernde Setzung von Standards sowie das Einführen neuer Aufgaben und Regularien. Hier muss es auch zu einem Umdenken kommen. Wir können nicht alle Themen gleichzeitig mit der gleichen Intensität und höheren Standards erarbeiten. Es muss daher zu spürbaren Entlastungen kommen, wollen wir die kommunale Handlungsfähigkeit nicht gefährden.

Aus diesem Grund fordern die Kommunen vom Land, aber letztlich auch vom Bund, in ihrem Brandbrief folgende wesentliche Punkte:

- Wiederherstellung einer aufgabenangemessenen Finanzausstattung durch deutliche Erhöhung des Verbundsatzes im Gemeindefinanzierungsgesetz
- grundsätzliche Prüfung von kommunalen Globalbudgets zur Aufgabenwahrnehmung;
- kurzfristige Ausschöpfung aller fiskalischen und haushaltsrechtlichen Ressourcen, um den Kommunen wieder Handlungsspielräume zu verschaffen, welche die Bezeichnung „kommunale Selbstverwaltung“ auch verdienen; hierzu zählt für mich auch ausdrücklich die Abschmelzung und Eindämmung von zu vielen landespolitischen oder

bundespolitischen Förderprogrammen, die mehr als „goldener Zügel“ denn als wirklich tatkräftiger Hilfe verstanden werden müssen.

- Konsequenter Abbau von Bürokratiehemmnissen sowie Reduzierung gesetzlich über regulierter Standards; hierzu zählt für mich viele Vorschriften des Vergaberechts oder auch des Brandschutzes.
- finanzielle und planerische Unterstützung von Maßnahmen der Klimafolgenanpassung;
- Schaffung verbindlicher Regelungen für den Ausbau der Ganztagsbetreuung in den Grundschulen und Sicherstellung des Betriebs;
- Schaffung eines Aktionsplans in Verbindung mit Planungerleichterungen und -unterstützung für die Bereitstellung von Wohnraum;
- Verzicht auf gesetzliche Regelungen zulasten der Städte und Gemeinden ohne eigene Finanzierungsverpflichtungen des Bundes beziehungsweise des Landes

#### Eigenverantwortung Bocholt

Aber nicht nur Land und Bund, also andere, sind für unsere Situation in Bocholt verantwortlich. Menschen, die die Schuld nur bei anderen und niemals bei sich suchen, sind mir suspekt und keine verlässlichen Partner.

Daher ist es mir wichtig immer auch festzustellen, dass ich oder auch wir eigene Fehler machen oder in der Vergangenheit gemacht haben. Um im Bild der Lehre aus der Vergangenheit zu bleiben erscheint mir in diesem Zusammenhang wichtig, dass man vor allen Dingen die Lehre daraus zieht, um einen Fehler nicht mehrfach zu machen.

Vor allen Dingen sind wir es daher selber, die für die Geschicke der Stadt Bocholt Verantwortung übernehmen müssen. Verantwortung gibt es aber nur ganz -wie ich zu sagen pflege!

Glauben Sie mir eins, die Verantwortung die mir die Bürgerinnen und Bürger für unsere Stadt übertragen haben, spüre ich jeden Tag.

Und ich erinnere mich oft an das langjährige Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Dieter Hübers, der mir bei seiner Einführung in dieses Amt mit auf den Weg gab: **„Passen Sie gut auf Bocholt auf!“**

Daher ist es wesentlich, dass wir im Sinne der eingangs von mir aufgestellten drei Erkenntnisse vor allen Dingen immer noch eines beherzigen:

***Der erste Schritt ein Problem zu lösen,  
ist, zu erkennen, dass man Eines hat!***

Dieses Zitat bringe ich nun mittlerweile in meiner Dritten Haushaltsrede. Weil es mir vergegenwärtigt, dass wir an vielen Stellen immer noch nicht bereit sind, Probleme einzugestehen.

Es ist zu erkennen, dass wir seit Jahren strukturell in ein Defizit laufen. Dies ist wesentlich keine Auswirkung von zu hohen Investitionen. Bevor also wieder alle rufen stoppt

- die Rathaussanierung
- den Ankauf des Gigaset-Gebäudes
- oder den Neubau des Euregio-Gymnasiums bzw. der Maria-Montessori-Schule

Zwar belasten diese unsere Liquidität, aber sie sind nicht das wesentliche Problem unseres Haushaltes.

Wesentlich erscheint mir, dass zur Kenntnis genommen wird, dass unser Problem die laufenden Aufwendungen des Haushalts oder Zuwendungen an Investitionen Dritter als laufende oder einmalige Zuschüsse sind. Hier sind insbesondere zu nennen:

- Massiver Anstieg der Personalkosten, insbesondere durch tarifliche Steigerungen und Versorgungsaufwendungen, aber auch durch Stellenausweitungen
- Absaugen von Liquidität über die Transferleistungen an übergeordnete Kommunalverbände und deren Aufgaben gehen *[dazu habe ich gerade schon viele gesagt]*
- eigene Übersteigerung gesetzlicher Standards im kommunalen Haushalt insbesondere im Bereich von Jugendhilfe oder Sport

Was heißt das für mich konkret:

- Wir müssen erkennen, dass nicht mehr alle lieb gewonnenen Leistung dauerhaft finanzierbar sind.
- Es geht nicht immer mehr, solange die kommunale Finanzausstattung nicht durch höhere Zuweisungen in vielen grundlegenden kommunalen Themen ausgeglichen wird.
- Wir dürfen nicht nur bei Land und Bund Standards infrage stellen, sondern müssen dies auch bei uns vor Ort und eigenverantwortlich tun
- wir dürfen nicht ständig nach höheren Einnahmen aus Steuern oder Abgaben rufen, sondern müssen im Wege von Haushaltsdisziplin und Priorisierung das Problem höhere Ausgaben als Einnahmen lösen. Für mich heißt das auch sehr konkret, dass es in den kommenden zwei Jahren zu keinen Steuererhöhungen kommen darf!

Eine Ausnahme sehe ich hier, die wir gegebenenfalls aus Lenkung und weniger aus Finanzierungsgründen im kommunalen Bereich diskutieren sollten: Dies ist die sogenannte Grundsteuer C, die baureife, aber nicht ausgenutzte Grundstücke insbesondere oftmals wohlhabender Investoren einer Besteuerung zuführt, damit der Grundsatz „Grundstücke fressen kein Heu“ dort nicht mehr gilt. Dies kann Immobilien-Eigentümer anreizen, diese Grundstücke zu vermarkten oder eben selber zu bebauen.

- Wir müssen langfristig, also über einen Zeitraum von 10 Jahren, an einer Reduzierung des Personalbestandes arbeiten. Diese Einschnitte kann man nicht von heute auf Morgen machen. Aber wir müssen alleine schon aus dem Problem des Arbeits- und Fachkräftemangels heraus daran arbeiten, weniger Personal zu benötigen, mehr Aufgaben zu digitalisieren oder auch mal fremd zu vergeben

<b>Personal</b>
-----------------

Aktuell geht hier die Entwicklung jedoch noch immer in genau die andere Richtung. Im Kernhaushalt der Stadt Bocholt haben wir trotz Einsparung von 2,0 Stellen beim Fachbereich Organisation und Personal insgesamt eine Ausweitung um 3,5 Stellen.

Diese liegen mit 2,0 Stellen im Bereich des Jugendamtes zur Einführung eines gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrens sowie im Bereich des Pflegekinderdienstes und der Adoptionsvermittlung.

Darüber hinaus haben wir im Bereich der Gebäudewirtschaft, also einem Eigenbetrieb, der keine eigene Rechtspersönlichkeit besitzt und damit die Anstellungsverhältnisse bei der Stadt Bocholt begründet, einen Zuwachs von 1,82 Stellen zu verzeichnen. Diese Stellen konnten schon unterjährig besetzt werden und werden noch nominell im Stellenplan verarbeitet.

Im Bereich des ESB haben wir einen Stellenzuwachs von 4,2 Stellen, wesentlich im Bereich der gewerblichen Tätigkeit.

Insgesamt macht dies aber netto einen Stellenzuwachs von 7,7 Stellen aus. Dies belastet die laufenden Aufgaben der Stadt.

#### Haushaltssatzung

Zum Bereich der Haushaltssatzung werde ich heute keine weiteren Ausführungen machen.

Die Hebesätze und Steuern bleiben im Haushalt 2024 stabil und werden nach dem Vorschlag der Verwaltung nicht angehoben.

Jedoch müssten wir Bereich der Kreditermächtigung nachsteuern. Hierzu werden wir im Rahmen der Haushaltslesung und der Beratungen in den kommenden Sitzungen sicherlich noch gänzlich diskutieren.

#### Haushaltzusammenfassung

Ich habe meine Rede heute bewusst politischer aufgebaut und weniger im Detail am Haushaltsplanentwurf orientiert. Üblicherweise fasse ich an dieser Stelle meiner Rede den Haushalt in seinen wesentlichen Zahlen sowie Erkenntnissen aus dem Vorbericht zusammen. Ich spreche dann über die Punkte:

- **Ausgangslage der Gesamteinnahmen und Ausgaben**
- **Konjunktur**
- **Zuweisungen**
- **Kreisumlage und deren Hebesätze**
- **Verschuldung / Liquidität**
- **einzelne Projekte und ihre jeweiligen Ausgaben**

All dies will ich mir heute sparen! Denn dankenswerter Weise hat mir Frau Stadtkämmerin Schlaghecken zur Abstimmung unserer Haushaltsreden ihre Rede vorab zur Verfügung gestellt.

Und obwohl ich vorhin den Grundsatz der Wiederholung zum Lernerfolg so bemüht habe, muss ich doch sagen, dass es drei wesentliche Gründe hierfür gibt:

- Zum einen ist zutreffend, dass die Stadtkämmerin diese Grundlagen und Effekte deutlich besser und prägnanter beschrieben hat als ich das in einer Rede könnte.



- Des Weiteren kann ich dennoch dem Grundsatz der Wiederholung genügen, in dem ich Sie schlicht auffordere:

Lesen Sie die Appelle beider vergangenen Haushaltsreden, hören Sie der gleich folgenden Haushaltsrede von Stadtkämmerin Jennifer Schlaghecken aufmerksam zu und wiederholen Sie durch Nachlesen dieser Rede Ihren Lerneffekt eigenständig zu Hause.

Denn die Wiederholung ist keine alleinige Aufgabe des Vortragenden. Den Erkenntnisgewinn und Lernerfolg muss jeder selbständig erreichen!

#### Ausblick

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss meiner Haushaltsrede.

Was soll ich Ihnen noch sagen. Ich knüpfe erneut an die 3 Thesen des Anfangs an:

1. Wir als Verwaltung werden weiter die finanzielle Lage der Stadt Bocholt realistisch, transparent und ehrlich darstellen. Es gibt kein „Mogeln, Schummeln oder Verstecken. Sie als Entscheider müssen zu jeder Zeit über die finanzielle Lage im Bilde sein und aus dieser Lage heraus die Entscheidungen treffen.
2. Wir werden nicht aufhören, vor dem strukturellen Defizit zu warnen. Wir müssen die sich stetig verschlechternde Finanzsituation bei den Aufwendungen und auch der Liquidität sorgsam im Blick behalten. Wir müssen auch überlegen, welche strukturellen Maßnahmen wir ergreifen können.

Dabei kann die sog. „**Vergeblichkeitsfalle**“ – also: „*Sparen hilft eh nicht, wenn wir das jetzt machen, bekommen nur andere mehr Geld* - nicht gelten.

Wir müssen einen eigenständigen Beitrag leisten!

3. Wir fordern Sie auf, **gemeinsam** – *vielleicht ähnlich geschlossen und energisch wie beim Bürgerentscheid*- diese schwere Aufgabe der Konsolidierung anzugehen. Nicht kurzfristig mit einer „Giftliste“ oder einem einzelnen „Papier“, sondern langfristig und strategisch.

Sie merken, die wesentliche ratio meiner Rede vom Beginn bleibt also bestehen. Einer der herausragendsten Sportler unserer Zeit Michael Jordan hat einmal gesagt:

***„Ich kann Misserfolge akzeptieren, jeder scheitert mal. Aber was ich nicht akzeptieren kann ist es gar nicht erst zu versuchen.“***

#### Dank Kämmerin/ Kämmerei

Zu guter Letzt möchte ich dem gesamten Team der Kämmerei um Frau Schlaghecken und Frau Steverding danken. Sie haben nicht nur erneut das Verfahren für die Haushaltsaufstellung verbessert und effizienter gemacht, in diesem Jahr haben sie aufgrund des Nachtragshaushaltes im Zusammenhang mit dem Gigaset-Ankauf auch 2 Haushalte erstellt.

Hierfür einen herzlichen Dank und mein Lob an die Verantwortlichen! Ich danke besonders für diese Kraftanstrengung und die Bereitschaft, bis an die Grenze der Belastung diesen Weg mitzugehen.

Namentlich möchte ich aber zusätzlich hier auch Frau Tenbrink, Frau Niemann und Herrn Beckmann einmal erwähnen und Ihnen sehr herzlich für die gute und vor allem intensive Arbeit danken.

Mein Dank gilt aber auch allen Fachbereichen und Eigenbetrieben, die an der Erstellung der Haushaltsansätze mitgewirkt haben.

Es ist gut zu wissen, so ein geschlossenes und starkes Team im Rücken zu haben!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

gez.  
Kerkhoff  
Bürgermeister Stadt Bocholt